

Wird diese Nachricht nicht richtig dargestellt, klicken Sie bitte [hier](#).



Newsletter Regina Jäck

Wahlkreisabgeordnete
für Bramfeld, Farmsen-Berne und Steilshoop

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mit herzlichen Grüßen übersende ich Ihnen meinen aktuellen Newsletter, in dem ich Ihnen von meiner Arbeit in der Bürgerschaft und im Wahlkreis berichte. In dieser Legislaturperiode bin ich Mitglied im Sozialausschuss, im Gleichstellungsausschuss und im Haushaltsausschuss. Im Kulturausschuss bin ich ständige Vertreterin.

In der aktuellen Stunde haben wir über die Bewerbung Hamburgs für die

Ausrichtung von Olympischen Sommerspielen debattiert. In meinem Redebeitrag habe ich deutlich gemacht, dass die Paralympischen Spiele im Herzen unseres Konzepts für Olympia stehen. Sie sind nicht „mitgedacht“ – sie sind gleichwertig, sichtbar und zentral. Es geht um eine Vision: eine Stadt, die zusammenkommt, die niemanden ausschließt und die zeigt, was echte Inklusion bedeutet.

Am 31. Mai entscheiden wir, ob wir gemeinsam diesen Weg gehen wollen. Stimmen wir mit Ja – für Olympische und Paralympische Spiele, die inspirieren und Mut machen. Für ein Hamburg, das zeigt: Wir gehören alle dazu.

Herzliche Grüße

Regina Jäck

Girls-Day am 23. April

Ich lade Schülerinnen ab 14 Jahren aus Bramfeld, Steilshoop und Farmsen-Berne herzlich ein, am 23. April 2026 am Girls' Day teilzunehmen.

Neben einem Einblick in meine Arbeit als Abgeordnete gibt es eine Rallye durch das Hamburger Rathaus und ein Gespräch mit unserem Bürgermeister Peter Tschentscher.

Nächste Sitzung der Bürgerschaft am 22. April

Unter der Seite [Livestream - Hamburgische Bürgerschaft](#) kann die Sitzung am Sitzungstag live verfolgt werden.

Für gehörlose Menschen gibt es eine Übertragung in Gebärdensprache.

Gemeinsame Wahlkreisver- anstaltung am 16. April

Diskussion zur Olympiabewerbung am 16. April um 19 Uhr beim Bramfelder Sportverein, Ellernreihe 88. Zu Gast sind Neele Ludewig, erfolgreiche Paratriathletin und Steffen Rülke, Olympiakoordinator für Hamburg.

**Aktuelle Stunde: JA zu
Hamburgs Zukunft:**

Olympische und Paralympische Spiele sind eine Chance für alle

In der Aktuellen Stunde haben wir in der Bürgerschaft über eine mögliche Bewerbung für Olympische und Paralympische Spiele ab 2036 in Hamburg debattiert. Für meine SPD-Fraktion ist klar: Die Spiele sind eine kluge Investitionsentscheidung. Gleichzeitig haben wir einen Zusatzantrag eingebracht, der eine Kostentransparenz nach den Empfehlungen des Rechnungshofs fordert.

Dazu Juliane Timmermann, unsere sportpolitische Sprecherin: „Ja, Olympia kostet Geld. Aber die Spiele bringen garantierte Bundesinvestitionen nach Hamburg, die wir sonst schlicht nicht bekommen würden. Olympische und Paralympische Spiele sind der Hebel, um Projekte zu realisieren, die unsere Stadt sowieso braucht und plant, die mit Olympia aber schneller vorankommen.“

Wir reden hier über neue U- und S-Bahn-Linien, einen modernen Hauptbahnhof und lebendige Quartiere. Das sind keine Luftschlösser, sondern Investitionen in den Alltag der Hamburger:innen, die durch die Spiele massiv beschleunigt und vom Bund mitfinanziert werden. Wer das als Verschwendung bezeichnet, sollte erklären, welche andere Chance Hamburg bekommt, so viel auf einmal zu bewegen.

Die Spiele sind mehr als ein kurzes Event. 76 Prozent der Wettkampfstätten sind bereits da. Wir investieren in über 100 Trainingsstätten, die nach den Spielen unseren Schulen, Vereinen und der ganzen Stadtgesellschaft zugutekommen.

Und die Paralympischen Spiele bringen auch Inklusion und barrierefreie Teilhabe deutlich voran. Hamburg sollte den Mut haben, diese Chance zu ergreifen.

Zudem ist das Finanzkonzept solide und transparent. Mit unserem Zusatzantrag stellen wir darüber hinaus sicher, dass die Finanzierung weiter transparent dargestellt wird und die Bürgerschaft nach einem erfolgreichen Referendum regelmäßig informiert wird. Damit bleiben die Hamburger:innen bei jedem Schritt am Ball. Das ist seriöse Finanzplanung.“

Wir halten am Hamburg-Takt fest: Hamburg investiert so viel in den ÖPNV wie noch nie

Das Hamburger Abendblatt berichtet, dass die SPD beim Hamburg-Takt ein Wahlversprechen gebrochen habe. Meine SPD-Fraktion weist das entschieden zurück.

Dazu Ole Thorben Buschhüter, unser verkehrspolitischer Sprecher: „Wir halten am Hamburg-Takt fest. Der Hamburg-Takt ist unsere Strategie zum umfassenden Ausbau und zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs. Hamburg investiert so viel wie noch nie in die Schiene und Angebotsverbesserungen.

Wir bauen gerade vier neue Schnellbahnlinien gleichzeitig: S4, U4, U5 und S5, die beginnend mit der U4 auf die Horner Geest ab Herbst 2027 nach und nach an den Start gehen werden.

Seit 2019 ist das Busangebot bei der HOCHBAHN zudem um rund 15 Prozent gewachsen, zuletzt nahm die neue ExpressBus-Linie X27 im Osten Hamburgs den Betrieb auf.

Klar ist aber auch: Die Corona-Jahre haben den Hamburg-Takt ausgebremst und die Fahrgastzahlen brachen ein. Mittlerweile fließen in großem Umfang Mittel in das Deutschlandticket und Vergünstigungen. Und das mit Erfolg: Über eine Milliarde Menschen fahren mit unserem ÖPNV und über eine Million Hamburger:innen nutzen das Deutschlandticket. So viele wie noch nie.

Wir haben das kostenlose Schülerticket eingeführt und ab dem 1. Mai kommt der Senioren-Rabatt. Das ist kein gebrochenes Versprechen – das ist eine Stadt, die liefert.“

Nach spektakulärem Fund: Findling auf den Namen „Bramfels“ getauft



Vor wenigen Wochen ist Hamburg um eine geologische Attraktion reicher geworden: Im Zuge der U5-Bauarbeiten wurde in Bramfeld ein 22 Tonnen schwerer Großfindling entdeckt, der mit acht Kubikmeter Volumen viertgrößter Hamburger Findling ist. Nun hat Umweltsenatorin Katharina Fegebank den steinalten Fund offiziell auf den Namen „Bramfels“ getauft.

Nachdem die Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft, die Behörde für Verkehr und Mobilitätswende sowie das Bezirksamt Wandsbek und die Hochbahn öffentlich über Social Media dazu aufgerufen hatten, Namensvorschläge für den Findling einzureichen, sind hunderte von Ideen eingegangen. Die Hamburgerinnen und Hamburger überzeugten dabei wie gewohnt mit ihrer Kreativität: Von Vorschlägen in Anlehnung an den bekannten großen Elbstrand-Bruder wie „Junger Schwede“ oder „Schlaue Norwegerin“ über Namen wie „Allmende“ und „Bramscher Brocken“ bis hin zu weniger ernsthaften Ideen wie „Steini McSteinface“ und „Uwe der Urzeitkoloss“ war ein breites Spektrum vertreten.

Die Entscheidung ist letztendlich auf einen Namen gefallen, der nicht nur Fundort und Beschaffenheit vereint, sondern auch mit großem Abstand für die größte Begeisterung digital und analog sorgte: Ab sofort heißt der neue Stein in Hamburgs Findlingsreihe „Bramfels“.

Katharina Fegebank, Senatorin für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft: „Was für ein toller Fund! Einen derart großen Findling konnten wir in Hamburg seit 25 Jahren nicht mehr in Hamburg nach oben befördern. Genauso begeistert hat mich aber die rege Beteiligung nach unserem Aufruf und den vielen guten Vorschlägen. Mit ‚Bramfels‘ haben wir einen Namen gefunden, der eingängig ist, den Fundort schon im Titel trägt und

sich mit einem kleinen Wortspiel nahtlos in die Tradition der Hamburger Findlingsnamensgebung einfügt.“

Dr. Anjes Tjarks, Senator für Verkehr und Mobilitätswende: „Der Fund des ‚Bramfels‘ ist nicht nur ein beeindruckendes geologisches Ereignis, sondern auch ein schönes Beispiel dafür, wie die moderne Verkehrsentwicklung in Hamburg immer wieder neue Geschichten schreibt. Während wir mit dem Bau der U5 die Stadt zukunftsfähig machen, entdecken wir dabei auch ihre Vergangenheit. Es freut mich besonders, dass so viele Hamburgerinnen und Hamburger sich an der Namensfindung beteiligt haben und der ‚Bramfels‘ nun als neues Wahrzeichen an die Verbindung von Fortschritt und Historie erinnert.“

Klaus Uphoff, technischer Geschäftsführer der HOCHBAHN U5 Projekt GmbH: „Ein solch großer Findling ist auch für das U5-Projekt etwas Besonderes. Daher würden wir uns freuen, wenn der ‚Bramfels‘ später im Umfeld der U-Bahn-Haltestelle in Bramfeld erhalten bleibt – nicht nur als Naturdenkmal, sondern auch als Erinnerung an den Bau der U5.“

Nächster Halt: Ortsfindung

Während die Namensgebung nun abgeschlossen ist, wird weiterhin nach einem finalen Platz im öffentlichen Raum für „Bramfels“ gesucht. Momentan ist der Koloss seitlich der Baustelle gelagert. Die endgültige Entscheidung soll zeitnah erfolgen und unter Berücksichtigung verschiedener Faktoren und Akteure getroffen werden.

**Günstiger durch Hamburg
und ganz Deutschland!**

MOIN MOBILITÄT

**Ab dem 1. Mai:
Das Deutschlandticket
für Hamburgs Senior:innen
Jetzt bestellen!**

Ab dem 1. Mai wird das hvv Deutschlandticket für alle Hamburger:innen ab 67 Jahren günstiger! Das haben wir versprochen und das lösen wir jetzt ein.

Statt 63 € zahlen Senior:innen nur noch 49 € im Monat. Das bedeutet mehr Mobilität für weniger Geld und eine Ersparnis von 168 € im Jahr.

Wichtig zu wissen:

Der Rabatt gilt nur mit einem Deutschlandticket, das vom hvv ausgestellt wurde.

Bestandskunden: Wer schon ein hvv Deutschlandticket hat, muss nichts tun! Der Preis reduziert sich ab Mai automatisch. Ihr bekommt dazu noch Post vom hvv.

Chipkarte: Falls ihr das Ticket lieber als Karte wollt, bestellt am besten bis zum 15. April auf hvv.de (einfach das reguläre Ticket zum 1. Mai wählen, der

hvv stellt den Preis automatisch für euch um). Alternativ könnt ihr das Ticket natürlich auch in den hvv Servicestellen bekommen.

□ Neukunden: Ab dem 27. April (mittags) könnt ihr das vergünstigte Ticket in der hvv switch App oder auf hvv.de bestellen.

Egal ob zum Enkel-Besuch, zum Kaffeetrinken an der Elbe oder für den Ausflug an die Ostsee: Wir wünschen gute Fahrt!

Eine schöne Tradition: Ostereiersuchen für Kinder im Wahlkreis



In Farmsen, Bramfeld und Steilshoop haben wir (Jessica Hennig, Tom Hinzmann und ich) gemeinsam zum Ostereiersuchen für Kinder eingeladen. Wie jedes Jahr eine sehr schöne Veranstaltung, die allen viel Freude gemacht hat.

Veranstaltung des Förderkreises Erlenbusch am 29. März



Inklusion ist keine Raketenwissenschaft, sondern eine Aufforderung zum

Perspektivwechsel. Unter diesem Motto hat der Förderkreis Erlenbusch e. V. am 29. März um 11.00 Uhr zu einem Vormittag mit vielseitigem Programm ins Junge Schauspielhaus eingeladen: Birte Müller, Autorin und Illustratorin, hat aus ihren Kolumnen über das Leben mit ihrem Sohn, der mit Down-Syndrom geboren wurde vorgelesen. Auch der Kurzfilm "Planet Willi" wurde gezeigt. Anschließend gab es eine Gesprächsrunde über wichtige Aspekte der Inklusion, wie Chancen, Geld und Haltung.

Die Veranstaltung hat Einblicke in das Leben von Familien mit schwer beeinträchtigten Kindern ermöglicht. Sie hat sich für gesellschaftliche Teilhabe und für die Unterstützung des Förderkreises Erlenbusch starkgemacht, der sich mit seiner Arbeit für das gleichnamige Haus für Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit komplexen Behinderungen im Osten Hamburgs einsetzt.

Besuch beim Hamburger Konservatorium



Das Hamburger Konservatorium (KON) bildet seit über 100 Jahren musikalische Fachkräfte aus. Sein 2024 eröffneter Neubau in Ottensen, der auch mithilfe der Hamburgischen Bürgerschaft errichtet werden konnte, ist ein großartiges Bekenntnis der FHH zum KON.

Keine Steuererklärung mehr abgeben? Pilotprojekt startet auch in Hamburg

Wie kann man die Steuerpflichtigen von der ungeliebten Abgabe einer Steuererklärung entlasten? Dieses gemeinsame Ziel verfolgen alle Finanzverwaltungen der Länder. Den Rahmen dafür bildet das seit 20 Jahren gelebte Prinzip der gemeinsamen Software-Entwicklung im sogenannten KONSENS-Verbund. Damit nimmt die Finanzverwaltung eine digitale Vorreiterrolle innerhalb der öffentlichen Verwaltung ein. In diesem Jahr gibt es weitere Fortschritte: Im Juli 2026 startet das im KONSENS-Verbund unter Federführung von Bayern entwickelte, app-basierte Serviceangebot „Steuererklärung mit einem Klick“ für eine erste ausgewählte Nutzergruppe deutschlandweit: Das Finanzamt stellt die relevanten Daten bereit und erstellt einen Vorschlag für eine Steuererklärung, den Bürgerinnen und Bürger zur Abgabe digital bestätigen oder im Rahmen ihrer Erklärung anpassen können.

Daneben erprobt neben Hessen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein nun auch Hamburg in diesem Frühjahr das ergänzende Serviceangebot **„Ihre Steuer: Macht jetzt das Finanzamt für Sie!“** zur vereinfachten Einkommensteuerveranlagung (Amtsveranlagung). Genau dieses sogenannte AMSEL-Projekt geht damit jetzt erweitert auch im Norden an den Start. Konkret bedeutet das: Bei geeigneten Steuerfällen (insbesondere bestimmte Steuerpflichtige ohne ELSTER-Zugang) werden die teilnehmenden Finanzämter in den fünf Bundesländern den Bürgerinnen und Bürgern einen vorbereiteten Festsetzungsvorschlag für den späteren Steuerbescheid übersenden, den diese durch Zustimmung annehmen können. Ziel bei beiden Verfahrensarten (für ELSTER-Kunden über **„Steuererklärung mit einem Klick“**, daneben insbesondere für Nicht-ELSTER-Kunden in geeigneten Fällen über AMSEL) ist ein möglichst einfacher und niederschwelliger Weg zur zutreffenden Besteuerung, der den Aufwand für viele Menschen reduziert und zugleich Rechtssicherheit sowie eine gleichmäßige Besteuerung gewährleistet.

Die mit den Pilotprojekten und Fortschritten gemachten Erfahrungen aus der Praxis werden die Grundlage schaffen, niederschwellige Angebote in Zukunft einem immer größeren Nutzerkreis anbieten zu können. Ziel ist, weiterhin nach dem Einer für Alle-Prinzip und damit im KONSENS-Verbund die Möglichkeiten der Digitalisierung mit dem Ziel einer noch bürgerfreundlicheren Einkommensteuerveranlagung wirklich flächendeckend umzusetzen. Perspektivisch sollen daher diese Projekte und Fortschritte – gemeinsam im KONSENS-Verbund weiterentwickelt und gebündelt – in einem einheitlichen digitalen Kommunikationszugang zur Finanzverwaltung über ELSTER münden. Dieses ist auch den Ländern wichtig, die jetzt mit der Pilotierung des ergänzenden AMSEL-Projekts starten.

Unser Finanzsenator Dr. Andreas Dressel: „Keine Steuererklärung mehr abgeben? Diesem verbreiteten Wunsch kommen wir in Hamburg mit mehreren Projekten ein Stück näher! Hamburg setzt mit den anderen Ländern weiter auf unseren Programmierverbund KONSENS und auf das bewährte ELSTER-Produkt, das es mit dem Angebot „Steuererklärung mit einem Klick“ vielen Steuerpflichtigen mit ELSTER-Zugang zukünftig wirklich sehr einfach macht – mit einem schlichten OK wird das Thema Steuererklärung für viele erledigt sein. Daneben wird es für eine gewisse Zeit immer noch Steuerpflichtige ohne ELSTER-Zugang geben: Mit dem Verfahren AMSEL erhalten hierbei die betreffenden Steuerpflichtigen einen vorbereiteten Festsetzungsvorschlag, dem sie nur noch zustimmen müssen. Damit können insbesondere bis zur Umsetzung der beabsichtigten Quellenbesteuerung von Altersbezügen die sicherlich nicht ganz kleine Zahl von Steuerpflichtigen, die auch nach der Einführung einer gesetzlichen Verpflichtung zur digitalen Abgabe von Steuererklärungen aus welchen Gründen auch immer nicht elektronisch abgeben, besser bedient werden – das ist gut für diese Steuerpflichtigen und gut für die Steuerverwaltung. Deswegen ist dieses Pilotprojekt neben „Steuererklärung mit einem Klick“ ein weiterer Modernisierungsbeitrag. Wir werden dieses Pilotprojekt im Finanzamt Hamburg-Ost bei rund 5.000 bis 7.000 Fällen starten. Menschen, die im Einzugsgebiet anderer Hamburger Finanzämter leben, sollen im nächsten Jahre ebenfalls in den Genuss dieses Angebots kommen. Die Ergebnisse der Pilotierung werden wir im Rahmen von KONSENS bei der Weiterentwicklung von ELSTER und „Steuererklärung mit einem Klick“ berücksichtigen. Beide Ansätze passen perfekt in unserer Hamburger Modernisierungsagenda ‚einfach.hamburg‘, mit der wir die bürgernahen Dienste unserer Stadt für alle Bürgerinnen und Bürger noch einfacher und digitaler machen wollen.“

Mehr Informationen zum Pilotprojekt „Ihre Steuer: Macht jetzt das Finanzamt für Sie!“ unter: www.hamburg.de/go/amtsveranlagung

Mehr Informationen zum Serviceangebot „Steuererklärung mit einem Klick“ unter: <https://steuererklaerung-mit-einem-klick.elster.de/>

Fragen und Antworten:

„Steuererklärung mit einem Klick“

Zentral für die digitale Vereinfachung im Einkommensteuerbereich ist das im Rahmen von KONSENS von Bayern entwickelte Serviceangebot „Steuererklärung mit einem Klick“. Es steht voraussichtlich ab Sommer den ELSTER-Nutzenden zur Verfügung. „Steuererklärung mit einem Klick“ wird als digitaler Service innerhalb des ELSTER-Systems eingeführt, um die Abgabe der Einkommensteuererklärung zu vereinfachen. Dieses Angebot bedient im ersten Schritt zunächst ledige, kinderlose Arbeitnehmer/-innen und solche Alterseinkünftebeziehende. Anders als „Ihre Steuer: Macht jetzt das Finanzamt für Sie!“ ist „Steuererklärung mit einem Klick“ kein Pilotprojekt, sondern ein permanent auszubauendes, dauerhaftes Angebot innerhalb von KONSENS. Es kommt daher auch flächendeckend in allen Ländern zum Einsatz. Beiden Ansätzen ist gemein, dass sie die Möglichkeiten der Digitalisierung mit dem Ziel einer bürgerfreundlichen Einkommensteuerveranlagung verbinden. Erfahrungen aus der Praxis sollen die Grundlage schaffen, niederschwellige Angebote in Zukunft einem immer größeren Nutzerkreis anbieten zu können.

Worum geht es nun bei der Ausweitung des Pilotprojekts AMSEL?

Als Ergänzung von „Steuererklärung mit einem Klick“ ist das Pilotprojekt AMSEL entstanden. Dabei wird dem im jeweiligen Bundesland vorgesehenen Kreis von Steuerpflichtigen ein sogenannter Festsetzungsvorschlag zugeschickt. Die Steuerpflichtigen können dem aktiv zustimmen. Die Zustimmung kann über ein vorausgefülltes Antwortformular oder elektronisch über einen QR-Code erfolgen. Sollten die Bürgerinnen und Bürger mit dem Vorschlag nicht einverstanden sein, sind sie weiterhin zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet. Die Erfahrungen werden in die gemeinsame Arbeit aller Länder für ELSTER im KONSENS-Verbund einfließen.

Was ist KONSENS?

KONSENS steht für KOordinierte Neue Software-ENTwicklung der Steuerverwaltung. Dahinter steht der zentrale IT-Verbund von Bund und Ländern, der seit 2007 die steuerliche Softwarelandschaft in Deutschland vereinheitlicht. Ziel ist es, ländereigene Anwendungen durch moderne, zentrale Verfahren abzulösen, um weitere Arbeitsabläufe zu digitalisieren, Steuerbetrug zu bekämpfen und die Verwaltung effizienter zu gestalten. Dieses gemeinsame Vorhaben hat die digitalen Voraussetzungen geschaffen, relevante Daten besser verfügbar zu machen und Abläufe durch Automatisierung zu beschleunigen. Das seit 20 Jahren gelebte Prinzip der gemeinsamen Software-Entwicklung ist beispielgebend für die Verwaltungsdigitalisierung. Damit nimmt die Steuerverwaltung eine digitale Vorreiterrolle innerhalb der öffentlichen Verwaltung ein. An dieser bewährten Zusammenarbeit wollen alle beteiligten Länder festhalten und ihre weiteren Anstrengungen zur Weiterentwicklung und Optimierung der SteuerIT weiter in KONSENS bündeln.

Umbauarbeiten am Kriegerdenkmal in Bramfeld beginnen

Die Arbeiten zur Neugestaltung des Vorplatzes des Kriegerdenkmals in Bramfeld werden **ab Mitte April 2026** begonnen.

Das Kriegerdenkmal in der Nähe des Alten Teiches war in den 1930er Jahren während der NS-Zeit errichtet worden und blieb bislang unkommentiert. Ziel der Neugestaltung ist es, das Denkmal zu erhalten und durch eine Kommentierung einen kritischen und zeitgemäßen Umgang mit Erinnerungskultur zu schaffen. Der Entwurf, der aus einem von der Bezirksversammlung Wandsbek ausgelobten Wettbewerb

hervorging, ist in eine Freiraumgestaltung übersetzt worden. Die Gestaltung besteht aus einer Rampe, einer begehbaren Plattform sowie einem begehbaren Feld mit Stelen aus geflammtem Robinienholz, eingebettet in die vorhandene landschaftliche Umgebung.

Im Anschluss an die Garten- und Landschaftsbaumaßnahmen folgen die Betonarbeiten und der Einbau der Stelen. Die Bauarbeiten werden voraussichtlich im Spätsommer 2026 beendet sein.

Aufgrund der Baumaßnahme ist mit Behinderungen auf den Wegen am Alten Teich zu rechnen.

Hamburg stärkt einmal mehr das Prinzip „Gute Arbeit“

Städtisches Vergabegesetz bekommt erstmals echte Tariftreue-Regelung

Die Freie und Hansestadt Hamburg reformiert ihr Vergabegesetz, das hat der Senat heute beschlossen. Erstmals wird eine echte Tariftreue-Regelung im Landes-Vergaberecht fest verankert, um Lohndumping bei öffentlichen Aufträgen zu verhindern und die Tarifbindung zu stärken. Von den geplanten Änderungen des Hamburgischen Vergabegesetzes profitieren Unternehmen, deren Beschäftigte und die städtischen Beschaffungsstellen gleichermaßen. Das Gesetzespaket, das noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Bürgerschaft steht, sieht unter anderem folgende Tariftreuregelung vor: Der Senat verpflichtet künftig mittels Rechtsverordnung potenzielle Auftragnehmer, ihren Beschäftigten bestimmte, an den jeweiligen Branchentarifverträgen orientierte Entgelte und Arbeitsbedingungen (Mindesturlaub, Höchstarbeitszeiten, Mindestruhezeiten und Ruhepausenzeiten) zu gewähren. Lohndumping im Bereich der städtischen Auftragsvergabe wird damit ein Riegel vorgeschoben. Hamburg schreibt jährlich allein Liefer- und Dienstleistungsaufträge im Volumen von 340 Mio. Euro aus. Dies umfasst unterschiedlichste Dienstleistungen sowie Materialien aller Art. Mit der Vorlage des Tariftreuegesetzes erfüllt der Senat ein zentrales Versprechen aus dem Regierungsprogramm für die laufende Wahlperiode und setzt mehrere Ersuchen der Bürgerschaft um.

Unser Finanzsenator Dr. Andreas Dressel: „Gute Arbeit ist Leitmotiv für den Hamburger Senat. Neben angemessener Bezahlung und fairen

Arbeitsbedingungen in Kernverwaltung, Konzern und Stadt kann die öffentliche Auftragsvergabe dabei ein zentraler Hebel sein. Wer öffentliche Aufträge annimmt, soll grundsätzlich nach Tarif bezahlen. Laut einer repräsentativen Forsa-Umfrage teilen 59 Prozent der Deutschen dieses Anliegen – gerade in Zeiten von erfreulichen öffentlichen Rekordinvestitionen, aber leider zurückgehender Tarifbindung in der Privatwirtschaft. Wir haben dafür jetzt einen pragmatischen Hamburger Umsetzungsweg gefunden, dazu das in der letzten Woche verabschiedete Bundes-Tariftreuegesetz als Blaupause genommen und auf unsere Stadtstaaten-Situation angepasst – auch um auch in den nächsten Jahren weiter genügend Bewerber für die vielen öffentlichen Aufträge zu bekommen. Mit den geplanten Änderungen verschaffen wir Auftragnehmern, die nach Tarif bezahlen, einen Wettbewerbsvorteil. Zugleich war uns wichtig, einen Beitrag zum Bürokratieabbau auch im Vergaberecht zu leisten: Indem wir die Möglichkeit schaffen, Direktauftragswertgrenzen hochzusetzen und Verfahrensregeln zum Beispiel bei Kontrollen zu verschlanken, entbürokratisieren wir das Vergabegesetz. Mit Gewerkschaften, Kammern und Verbänden haben wir das Gesetzespaket intensiv diskutiert und konnten viele Impulse mitnehmen. Eine einjährige Vorbereitungs- und Umsetzungszeit gewährleistet, dass sich Behörden und Bieter auf die neuen Tariftreue-Anforderungen gut einstellen können. Mit einer begleitenden Evaluation wollen wir in den nächsten Jahren erfahren, ob wir die Ziele des Gesetzes erreichen und alle Beteiligten mit den für den Gesetzesvollzug notwendigen Zusatzaufwänden gut zurechtkommen.“

Tariftreue

Tariftreue wird in Hamburg im reformierten Vergabegesetz durch einen Erlass branchenspezifischer Rechtsverordnungen sichergestellt. In diesen Verordnungen sind die Vorgaben zu den (an den jeweiligen Branchentarifverträgen orientierten) Entgelten und Arbeitsbedingungen (Mindesturlaub, Höchstarbeitszeiten, Mindestruhezeiten und Ruhepausenzeiten) geregelt. Die Vorschrift zur sogenannten Tariftreue findet oberhalb von praxisgerechten Wertgrenzen (Liefer- und Dienstleistungen: 50.000 Euro, Bauleistungen: 500.000 Euro) und angemessener Auftragsdauer Anwendung. Die Kontrollen zur Einhaltung sind praxisgerecht ausgestaltet: Diese können auch durch selbstverwaltete Prüfeinrichtungen der berufsständischen Vertretungen wahrgenommen werden, was eine erhebliche Erleichterung für die Beteiligten bedeuten kann. Die für die Tariftreue nötigen Rechtsverordnungen werden zentral im Internet bereitgestellt, sodass für alle Beteiligten klar erkennbar ist, worauf die Beschäftigten einen Anspruch haben.

Vereinfachung des Vergaberechts im Unterschwellenbereich

Der sogenannte Unterschwellenbereich (Liefer- und Dienstleistungen: bis 216.000 Euro, Bau: bis 5.404.000 Euro) wird künftig nicht mehr im Gesetz durch Verweisung auf die Unterschwellenvergabeordnung und die Vertragsverordnung für Bauleistungen Teil A geregelt. Vielmehr erfolgt der Verweis im Rahmen von Verwaltungsvorschriften, um auch auf der regulatorischen Ebene höhere Flexibilität und bessere Reaktionsmöglichkeit auf sich ändernde Rahmenbedingungen zu gewährleisten. Auch hier hat der Senat die Möglichkeiten der Entbürokratisierung im Vergaberecht konsequent benutzt.

Kürzungen bei Sprachkursen verhindern Integration

Hamburg, Bremen und Niedersachsen fordern: Bundesregierung muss Zulassungsstopp zu Integrationskursen zurücknehmen

Im Februar hatte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Zulassung zu Integrationskursen für bundesweit rund 130.000 Menschen auf unbestimmte Zeit gestoppt. Als Grund wurden die „finanziellen Herausforderungen der vergangenen Jahre“ angegeben. Hamburgs Senatorinnen für Bildung, Arbeit und Integration kritisierten die Entscheidung scharf. Diese sei „politisch, menschlich und wirtschaftlich unzumutbar“, so Senatorin Ksenija Bekeris. Jetzt wird der Druck erhöht: Auf Initiative von Bremen setzen sich die Nordländer Bremen, Niedersachsen und Hamburg im Bundesrat für die Wiederaufnahme von Integrationskursen ein.

Ksenija Bekeris, unsere Senatorin für Schule, Familie und Berufsbildung: „Die bundesfinanzierten Integrationskurse und Berufssprachkurse gehören zu den wichtigsten Instrumenten, um Zugewanderte sprachlich auf Ausbildung, Beruf und Studium vorzubereiten. Kürzungen in diesem Bereich verhindern die Integration. Deshalb hat Hamburg heute beschlossen, der von der Freien Hansestadt Bremen vorbereiteten Bundesratsentschließung zum Zulassungsstopp für Integrationskurse beizutreten. Mit der Entschließung wird die Bundesregierung aufgefordert, den vom BAMF verhängten Zulassungsstopp zurückzunehmen. Der Bund darf sich hier nicht zurückziehen, sondern muss seiner Verantwortung für die Integration in Beruf und Gesellschaft gerecht werden.“

Dr. Melanie Leonhard, unsere Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Innovation: „Zuwanderung und Integration sind für unsere Gesellschaft unabdingbar. Wir wünschen uns, dass Menschen, die hierherkommen, ihre Fähigkeiten einbringen und ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Die Integrationskurse sind ein wichtiger Schritt dahin und werden daher gebraucht. Nicht zuletzt angesichts der demografischen Entwicklung ist zudem klar: Wir haben ein geteiltes Interesse daran, dass Menschen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen,

denn in den kommenden Jahren werden allein in Hamburg zehntausende Stellen nachzubeseetzen sein, für die schon heute eine Fachkräftelücke absehbar ist.“

Melanie Schlotzhauer, unsere Senatorin für Gesundheit, Soziales und Integration: „Sprache ist der Türöffner zu Arbeit, Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe – sie ist Voraussetzung für gelingende Integration. Wer den Zugang zu Integrationskursen einschränkt, nimmt Menschen die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben und schwächt zugleich den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ein Zulassungsstopp ist nicht nur integrationspolitisch, sondern auch sozial und wirtschaftlich ein schwerwiegender Fehler. Der Bund darf sich seiner Verantwortung nicht entziehen – denn Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir nur gemeinsam erfolgreich bewältigen können.“

Mit dem Entschließungsantrag machen sich Bremen, Niedersachsen und Hamburg direkt im Bundesrat für Integrationskurse, Spracherwerb, Arbeitsmarktintegration und gesellschaftliche Teilhabe stark. Im Antrag heißt es unter anderem: „Der Bundesrat möge folgende Entschließung fassen: Der Bundesrat stellt fest, dass verlässliche Strukturen und eine auskömmliche Finanzierung von konkreten integrationspolitischen Maßnahmen für die kluge Ausgestaltung erfolgreicher, zukunfts- und wirtschaftsorientierter Integrationspolitik unerlässlich sind.“ Unter Punkt 2 heißt es: „Der Bundesrat betont, dass Integrationskurse eine zentrale Investition in die Zukunftsfähigkeit und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sind. Der zügige Spracherwerb öffnet die Tür zu Ausbildung und Arbeitsmarkt, aber auch zu gesellschaftlicher Teilhabe und demokratischer Mitwirkung.“

Eine Einschränkung zur Teilnahme an Integrationskursen sei „kontraproduktiv für die zügige Aufnahme qualifikationsadäquater Erwerbstätigkeit, für gesellschaftliche Teilhabe und demokratische Mitwirkung. Folge können sinkende Motivation, verzögerte Arbeitsbemühungen, erschwerte Zugänge in Ausbildung und Beschäftigung – verbunden mit anhaltender Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen und einer weiter steigenden Kostenbelastung für die Kommunen“ sein. Unter Punkt 4 schließlich heißt es: „Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, den Zulassungsstopp für die Teilnahme an Integrationskursen nach § 44 Abs. 4 AufenthG zurückzunehmen.“

Hintergrund

Am 9. Februar 2026 hat das BAMF in einem Rundschreiben an alle Weiterbildungsträger mitgeteilt, dass bis auf Weiteres keinerlei Zulassungen für die Teilnahme an Integrationskursen nach § 44 Abs. 4 Aufenthaltsgesetz erteilt werden. Bereits seit November hatte das BAMF ohne Weitergabe von Informationen die Ausstellung von Zulassungen von Teilnehmenden ausgesetzt. Dies betrifft rund 40 Prozent der Teilnehmenden an Integrationskursen, insbesondere Asylbewerberinnen und -bewerber, geduldete Menschen, schutzsuchende Menschen aus der Ukraine und EU-Bürgerinnen und -Bürger.

In Hamburg sind zahlreiche Weiterbildungsträger und Kursleitungen betroffen. Für viele von ihnen ist die seit November 2025 ausgesetzte Ausstellung von Teilnahmeberechtigungen existenzgefährdend. Allein in

der Hamburger Volkshochschule (VHS) erhalten fast 50 Prozent der Integrationskursteilnehmenden einen Berechtigungsschein vom BAMF. Betroffen waren allein im Januar und Februar sieben geplante Kursstarts mit rund 120 Teilnehmenden. Dieser abrupte Stopp ist von der VHS für die Teilnehmenden und Kursleitungen nicht zu kompensieren und wird eine große Lücke hinterlassen.

Energiewende im Quartier stärken: Rot-Grün bringt lokale Energiegemeinschaften in Hamburg voran

Gemeinsam mit den Grünen wollen wir lokale Energiegemeinschaften in Hamburg gezielt stärken und die Energiewende stärker in die Quartiere bringen. So sollen Förderprogramme der Hamburgischen Investitions- und Förderbank künftig auch für nachbarschaftliche Stromprojekte genutzt werden können, bei denen mehrere Haushalte oder Unternehmen gemeinsam erneuerbare Energie erzeugen und vor Ort nutzen. Zudem soll sich Hamburg auf Bundesebene für finanzielle Anreize und mehr Rechtssicherheit für solche Modelle einsetzen.

Dazu Alexander Mohrenberg, unser energie- und klimapolitischer Sprecher: „Die Energiewende entscheidet sich nicht nur bei großen Kraftwerken oder Netzen, sondern auch direkt in unseren Quartieren. Wenn Nachbarschaften gemeinsam Solarstrom erzeugen, speichern und vor Ort nutzen, wird erneuerbare Energie effizienter eingesetzt und günstiger für alle, die mitmachen wollen. Bisher sind viele Programme nur auf einzelne Antragssteller ausgelegt. Das werden wir ändern: Wenn etwa zwei angrenzende Doppelhausbesitzer ihr gemeinsames Dach auf Solarstrom umstellen wollen, wird es künftig gemeinschaftliche Beratungs- und Förderangebote geben. So wird die Energiewende lokal konkret. Und auch dicht bebaute Stadtteile haben dafür viel Potential. Hier können Dächer von Wohnhäusern, Gewerbebetrieben oder öffentlichen Gebäuden gemeinsam genutzt werden, um klimafreundlichen Strom zu erzeugen und direkt vor Ort zu verbrauchen. Damit solche Projekte einfacher entstehen können, wollen wir bestehende Förderprogramme weiterentwickeln und gezielt auf solche Quartierslösungen ausrichten. Gleichzeitig setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass Energiegemeinschaften klare rechtliche Rahmenbedingungen und bessere wirtschaftliche Anreize bekommen.“

Wenn Sie diese E-Mail (an: {EMAIL}) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [**hier**](#) kostenlos abbestellen.

Abgeordnetenbüro
Regina Jäck
Neusurenland 107
22159 Hamburg
Deutschland

040-74214997